



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/8188, 17/9277

Vergemeinschaftung der Einlagensicherung in Europa verhindern!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass künftig sämtliche Bestrebungen nach einer Vergemeinschaftung der Einlagensicherungen abgelehnt werden. Das gilt auch für eine Rückversicherungslösung als möglichem Zwischenschritt zu einer europäischen Einlagensicherung. Dabei ist sicherzustellen, dass die Institutssicherungssysteme, die von der neuen EU-Einlagensicherungsrichtlinie anerkannt wurden, in ihrer Existenz und Funktionsweise nicht beeinträchtigt werden.

Dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ist im zeitlichen Zusammenhang mit der Vorlage konkreter Vorschläge durch die EU-Kommission über den Sachstand zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident